

Ist die Ukraine-Politik der NATO alternativlos?

Klaus Moegling

Wenn die Frage nach Alternativen zur Ukraine-Politik der NATO gestellt wird, ist zunächst zu klären, wie diese Politik der NATO bisher zu beschreiben und zu beurteilen ist. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass kritische politikwissenschaftliche Analysen unabhängig vorgenommen werden müssen und politische Fehler und problematisches Verhalten bei allen beteiligten Akteuren eines Konflikts aufzudecken sind.

Die NATO-Osterweiterung und das Wecken von Hoffnungen für die Ukraine und Georgien

Die ab 1998 schrittweise ratifizierte NATO-Osterweiterung um osteuropäische Staaten und die baltischen Länder wurde von Putin nachträglich mehrfach als Ausdruck gebrochener vertraglicher Vereinbarungen bezeichnet. Zusagen, dies nicht vorzunehmen, gab es jedoch im 2-plus-4-Vertrag nicht, nur im Vorfeld nicht-legitimierte mündliche Zusagen (Baker, Genscher), die wieder auf Druck des US-Präsidenten George H.W. Bush 1990 zurückgenommen wurden. Putin bezieht sich, die Geschichte verfälschend, bewusst auf diese Anfangsphase der Gespräche und lässt das eigentliche Ergebnis, die Festlegungen des 2-plus-4-Vertrags aus, den die Sowjetunion mitunterschrieben hatte.

Ein souveräner Staat besitzt die Freiheit, sich sein Sicherheitsbündnis selbst auszusuchen. Dies konnte daher aus einer völkerrechtlichen Perspektive auch überhaupt keine Verhandlungsmasse sein. Gorbatschow akzeptierte hingegen Zahlungen von Milliarden DM von Seiten der Bundesrepublik für die hochverschuldete UDSSR und verzichtete im Gegenzug auf Festlegungen des 2-plus-4-Vertrags hinsichtlich einer NATO-Osterweiterung.



Apl. Prof. Dr. habil. Klaus Moegling, i.R.

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Uni Kassel, Fachleiter für Politik und Wirtschaft als Studiendirektor i.R., Studienseminar für Gymnasien Kassel

Hierbei übte die NATO dann in den folgenden Jahren keinerlei Druck auf die osteuropäischen Staaten aus, der NATO beizutreten. Das NATO-Bündnis war für die Staaten unter einstiger sowjetischer Herrschaft wichtig, da sie sich hiervon den Schutz vor einer erneuten russischen Besetzung und Herrschaft versprachen.

Daher ist auch zu fragen: Was hätte es bedeutet, wenn osteuropäische Staaten und die baltischen Länder nicht in die NATO (und die EU) aufgenommen worden wären? Wären insbesondere Litauen, Estland und Lettland jetzt noch souveräne Staaten oder wären sie bereits von den Truppen der Russischen Föderation überrannt und per Parlamentsbescheid und Verfassungsänderung in die Russische Föderation (RF) eingegliedert worden?

Ein historischer Fehler war es m.E. dennoch von George W. Bush 2008 zusätzlich noch der Ukraine und Georgien eine NATO-Mitgliedschaft in Aussicht zu stellen. Frankreich und Deutschland versuchten ein NATO-Beitrittsversprechen zu verhindern. US-amerikanische Analysten, aber auch russische Spitzenpolitiker, z.B. Putin, hatten mehrfach deutlich gemacht, dass hiermit eine ‚rote Linie‘ überschritten werden würde. Putin hat dementsprechend auch mehrfach angekündigt, dass ein weiteres Heranrücken der NATO die RF zu Maßnahmen zwingen würde (vgl. Marcetic 2023). Hätte man von Seiten der NATO die Drohungen des russischen Präsidenten – auch wenn sie völkerrechtlich nicht legitimiert waren – ernster nehmen und die Konsequenzen in Verhandlungen mit Russland ausloten müssen? Welche ernsthaften Verhandlungsansätze und -versuche der NATO mit der Russischen Föderation gab es hingegen, um die Verschlechterungen der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen wieder umzukehren?

Alternativen zur militärischen Eskalation in der Ukraine

Eine weitere Eskalation bestand dann in der völkerrechtswidrigen russischen Besetzung der Krim im Jahr 2014 und in der einsetzenden Sanktionspolitik des Westens.

2014/15 gelang es noch mit den Verträgen Minsk I und Minsk II, vertragliche Regelungen zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation zu schaffen, die u.a. eine größere Autonomie von Luhansk und Donezk vorsahen, was allerdings von Seiten der Ukraine nicht umgesetzt wurde (Funke 2023: 41ff.). Hier hätten die Westmächte und die NATO verstärkt darauf Wert legen müssen, dass die Minsker-Verträge eingehalten werden. Die Minsker-Verträge hinterher auch noch als bewusstes Täuschungsmanöver zu bezeichnen, wie von Merkel und Hollande getan, um der Ukraine Zeit für die militärische Aufrüstung zu verschaffen, ist nicht nur politische Dummheit, sondern belegt ebenfalls eine völkerrechtlich bedenkliche Haltung.

Der jahrelange wechselseitige Artilleriebeschuss zwischen ukrainischem Militär und russisch unterstützten ostukrainischen Sezessionisten und ukrainische Regelungen zur Verdrängung der russischen Sprache gaben der russischen Regierung dann den Vorwand für aggressivere Maßnahmen. Hierbei war zu beobachten, dass die RF zunehmend revanchistisch in Bezug auf die für sie verlorenen Gebiete der UdSSR wurde. Für derartige geostrategische Interessen wurde dann auch Europa als Ganzes im Sinne eines ‚dekadenten Westens‘ abgewertet und durch Putin 2021 im Rahmen einer

zunehmend völkischer werdenden Argumentation von der ‚Dreieinigkeit‘ Russlands, der Ukraine und Belarus gesprochen (vgl. auch die von Surkow und Dugin propagierte „Neurussland“-Ideologie). Hier zeichnete sich bereits der im Februar 2022 bevorstehende Angriff der RF auf die Ukraine ab, der insbesondere mit Sicherheitsinteressen gegenüber einer sich erweiternden NATO, insbesondere der Annäherung der Ukraine an die NATO, dem zunehmenden Rechtsextremismus in der Ukraine („Entnazifizierung“) und gebrochenen Versprechen von Seiten des Westens begründet wurde.

Als Alternative wäre es für die Ukraine– aus der nachträglichen Sicht – wahrscheinlich besser gewesen, sich auf den EU-Beitritt zu konzentrieren und in dieser historischen Situation ab 2008 einen neutralen Status verbunden mit Schutzabkommen anzustreben. Für den Donbass wäre dann – im Sinne der Minsker Verträge – eine teilautonome Verwaltung innerhalb ukrainischer Landesgrenzen (ähnlich Südtirol) anzustreben gewesen.

Möglicherweise wäre der Ukraine der Angriff der RF im Februar 2022 erspart geblieben. Gesichert ist dies allerdings nicht, betrachtet man die Vertragssituation. Die Ukraine hatte 1994 im Budapester Memorandum im Rahmen einer KSZE-Konferenz auf der Grundlage der Schlussakte von Helsinki und der UN-Charta mit Russland in einem völkerrechtlich gültigen Vertrag vereinbart, dass die RF die in der Ukraine stationierten Nuklearwaffen erhalte und im Gegenzug die Unverletzlichkeit der ukrainischen Grenzen garantiere und die ukrainische Souveränität anerkenne. Auch hier gab es mächtige Schutzmächte, u.a. USA und Frankreich. Trotz dieser eindeutigen vertraglichen Festlegungen hat dies die Russische Föderation nicht davon abgehalten, 2014 die Krim völkerrechtswidrig zu besetzen und im Februar 2022 die Ukraine als Ganzes anzugreifen.

Der russische Entwurf für ein Sicherheitsabkommen im Dezember 2021 am Vorabend vor dem russischen Angriff, der u.a. den Rückzug der NATO aus Osteuropa auf die Linie vor der Osterweiterung, also auf den Stand von 1997, forderte, war nicht akzeptabel für die NATO und die NATO-Staaten. Allerdings hätten Putins Forderungen zur Aufnahme von ernstzunehmenden Verhandlungen führen können, wenn man sich überhaupt, ansetzend am russischen Dokument, kurz vor dem Krieg hierauf eingelassen hätte.

Es existiert, die schlecht belegte Erzählung, der britische Premier Boris Johnson hätte im Auftrag der NATO und des Westens im Frühjahr 2022 einen Friedensvertrag verhindert und auf eine militärische Auseinandersetzung mit westlicher Unterstützung gedrängt. Dieses Narrativ ist aber ungeklärt, da erstens die Johnson-Intervention in dieser Tragweite nicht zweifelsfrei nachgewiesen ist und zweitens überhaupt kein beidseitig akzeptierter Vorschlag für einen Friedensvertrag als Verhandlungsergebnis vorlag. Insbesondere die zentrale Frage nach der ukrainischen Territorialität bzw. nach Zurückgabe der von der RF besetzten ukrainischen Gebiete war keineswegs geregelt (vgl. Schäfer 2023).

Es stellt sich allerdings die Frage, ob die im Frühjahr 2022 in Istanbul vorgenommenen Verhandlungen zwischen Vertretern der Ukraine und der RF nicht deutlich von westlicher Seite hätten unterstützt werden sollen und erste Verhandlungsergebnisse als Ansatzpunkte für eine diplomatische Lösung hätten betrachtet werden

müssen. Selbst das von Putin im Frühsommer 2024 vorgebrachte Verhandlungsangebot, das als ‚vergifteter Vorschlag‘ bezeichnet werden kann, da es u.a. die Annektion weiterer Gebiete in den vier Oblasten vorsah, hätte dennoch als Chance für die Aufnahme von Verhandlungen genutzt werden können. Das Auslassen derartiger Ansatzpunkte für ernsthafte Verhandlungen wird dann auch als Ausdruck der Arroganz westlicher Führungspolitiker und auch der NATO-Führung kritisiert. Möglicherweise hat der Autor und Dramaturg Fabian Scheidler zumindest z.T. recht, wenn er vorwurfsvoll gegenüber dem Westen seine Kritik zusammenfasst:

„Die Unfähigkeit, den Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung zu verstehen, die Maßlosigkeit der Reaktionen, die pompös-narzisstische Selbstinszenierung als Vertreter des Guten, die Denunzierung und Unterdrückung von Kritik, das Fehlen von Empathie gegenüber den Opfern und die Unfähigkeit, auch nur ein Minimum an Komplexität zu erfassen, sind Zeichen einer beängstigenden geistigen Regression in den politischen Eliten der westlichen Welt. Tatsächlich erinnert diese Regression auf beunruhigende Weise an die „Schlafwandler“ am Vorabend des Ersten Weltkrieges“ (Scheidler 2024).

Einfrieren oder Eskalieren?

Gegenwärtige Gegner der Wiederaufnahme von Verhandlungen sind der Auffassung: „Putin verhandelt nicht.“ Aber dennoch gilt anzumerken, dass es zumindest für einen Zeitraum erfolgreiche Verhandlungen beim Gefangenenaustausch, bei gegenseitiger Überstellung von Gefallenen und bei den Getreidetransporten gab. Vermittler waren hier der Papst Franziskus, der UN-Generalsekretär Guterres sowie die türkische Regierung. Auch der ukrainische Präsident Selenskyj lehnt zwar offiziell Verhandlungen ab, bevor nicht die russischen Truppen die Ukraine verlassen haben, lässt aber in Bezug auf die angesprochenen Teilprobleme verhandeln.

Johannes Varwick (2022) fordert daher Verhandlungen zwischen der Ukraine und der RF zum ‚Einfrieren‘ des Kriegs, was zwar noch keine Lösung darstelle aber das Eintrittstor für weitergehende Verhandlungen sei. Dies sei besser als weitere Hunderttausende Tote und Schwerverletzte und eine gefährliche Eskalation des Krieges. Ebenfalls unterstützt SPD-Fraktionsvorsitzender Rolf Mützenich diese Forderung nach dem Einfrieren des Konflikts, was allerdings in einem Gegensatz zum medialen Mainstream und zur Politik der grünen Außenministerin steht. Wartet man jedoch zu lang mit dem Beginn von Verhandlungen in diesem Sinne kann die Ausgangslage für Verhandlungen immer ungünstiger werden, wenn sich die militärische Lage für die Ukraine verschlechtern sollte.

Das russische Militär greift im ersten Halbjahr 2024 verstärkt die zweitgrößte ukrainische Stadt Charkiw an und bombardiert zivile Infrastruktur. Gleichzeitig zum ukrainischen Einmarsch im russischen Kursk erzielt die RF Geländegewinne im Donbass. Die NATO befürwortet inzwischen den aus ihrer Sicht völkerrechtlich legitimierten Einsatz westlicher Waffen von der Ukraine aus auf bestimmte militärische Ziele im russischen Gebiet, um u.a. die Angriffe auf Charkiw präventiv zu verhindern. Der französische Präsident spricht sich für den Einsatz westlicher

Militärs in der Ukraine aus. Die Ukraine zerstört einen Teil des nuklearen Frühwarnsystems der RF. Putin kontert erneut mit der mit äußersten Ernst vorgetragenen Drohung, taktische Atomwaffen nicht nur gegen die Ukraine sondern auch gegen den Westen einzusetzen. Der ehemalige russische Präsident und Ministerpräsident Medwedew und der belarussische Präsident Lukaschenko drohen mit einem russischen Raketenangriff auf westliche Hauptstädte und einem Dritten Weltkrieg. Die RF führte dementsprechend ein Atomwaffenmanöver durch, um den Einsatz von taktischen Nuklearwaffen zu erproben. Die russische Nukleardoktrin wurde des Weiteren im September 2024 verändert, so dass nun auch Nuklearangriffe gegen westliche Atomstaaten möglich werden, wenn sie konventionelle Angriffe eines anderen Staates unterstützen, die Russland gefährlich werden können. Die Gefahr des Nuklearkrieges ist nun so nahe wie allenfalls während der Kuba-Krise im Jahr 1962. Jedoch werden Persönlichkeiten und Politikwissenschaftler, die eine nukleare Reaktion nicht ausschließen wollen, öffentlich in westlichen Medien als Personen, die auf Putins Drohkulissen hereinfliegen, stigmatisiert. Drohungen nuklearer Raketenangriffe werden als Angstmacherei und Einschüchterungsversuche herabgestuft. Dennoch: Müssen sich führende westliche Politiker aufgrund ihrer Verantwortlichkeit für die Menschen, die sie repräsentieren, nicht fragen, ob sie eine nukleare Reaktion Russlands tatsächlich ausschließen können? Wäre es nicht sinnvoller, jetzt endlich eine entschiedene Verhandlungsoffensive zu beginnen, bevor es zu spät ist?

Es besteht ansonsten die Gefahr des ‚Point of no Return‘ und einer nicht zu stoppenden Eskalationsdynamik, wie es Jürgen Habermas (2023) in der Süddeutschen Zeitung formulierte. Irgendwann kann ein Kippunkt erreicht sein, der die Ereignisse unkontrolliert und chaotisch auf die Welt einstürzen lässt.

Die notwendige Doppelstrategie zur Beendigung des Krieges

Funke (2023, 88) forderte angesichts des durch den Krieg entstandenen menschlichen Leids die Wiederaufnahme von Verhandlungen:

„Ist es legitim – das gilt erneut für alle Seiten –, Leid und Zerstörung für Menschen und Gesellschaften weiterhin hinzunehmen, ohne alles – aber auch alles – in der Macht der Regierungen unserer Völker Stehende zu tun, diese destruktive Eskalation im Krieg zu unterbrechen? Müssen wir nicht spätestens jetzt (...) die Frage stellen, ob ein ‚weiter so‘ durch mehr Waffen und mehr Eskalation gegenüber den betroffenen Gesellschaften und den gefährdeten Menschen sich noch rechtfertigen lässt?“

Zwei notwendige Strategien müssten m.E. als Doppelstrategie („Ausbau der Verteidigungsfähigkeit und Verhandlungsoffensive“) in diesem Zusammenhang parallel zueinander weiterentwickelt werden:

1. Koordinierte Entwicklung der militärischen Verteidigungsfähigkeit der EU, der NATO sowie der Ukraine *mit Augenmaß*, um ein weiteres militärisches Vordringen der Russischen Föderation zu verhindern – auch eventuell über die Ukraine hinaus;
2. Parallel hierzu forcierte Verhandlungsangebote im Krieg in der Ukraine über eine wirkmächtige Verhandlungskommission mit Vertretern einflussreicher Staaten unter

Federführung des UN-Generalsekretariats mit den Regierungen der Russischen Föderation und der Ukraine. Hierbei müssten die positiven Möglichkeiten beider Staaten in politischer und ökonomischer Hinsicht in den Vordergrund gestellt werden, wenn sie sich auf Friedensverhandlungen einlassen würden (Moegling/Funke 2024).

Die Strategie Nr. 1 („Entwicklung der Verteidigungsfähigkeit“) scheint derzeit in ihrer eher aggressiven Variante Priorität zu haben (u.a. vorgesehene US-Mittelstreckenraketen in Deutschland). Die Strategie Nr. 2 („Verhandlungsoffensive“) wird bisher deutlich vernachlässigt, trotz einiger punktueller Verhandlungsansätze und -erfolge in Einzelfragen. Angesichts der menschlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Schäden des Kriegs in der Ukraine müsste es bereits längst zu einer hochrangigen und ausdauernden Verhandlungsoffensive gekommen sein. Es ist zu hoffen, dass der Ausgang der US-Wahlen im November 2024 einen positiven Einfluss auf die Priorisierung diplomatischer Lösungen haben wird.

Literatur

- Funke, Hajo (2023): Verhandeln ist der einzige Weg zum Frieden. Berlin: Die Buchmacherei.
- Habermas, Jürgen (2023): Ein Plädoyer für Verhandlungen. In: Süddeutsche Zeitung, <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/kultur/juergen-habermas-ukraine-sz-verhandlungen-e159105/?reduced=true>, 14.2.2023
- Marcetic, Branko (2023): Der „unprovozierte Krieg“: Wenn Stoltenberg & Co. die Wahrheit über die NATO-Erweiterung sagen. In: Telepolis, <https://www.telepolis.de/features/Der-unprovozierte-Krieg-Wenn-Stoltenberg-und-Co-die-Wahrheit-ueber-die-Nato-Erweiterung-sagen-9314024.html?seite=all>, 23.9.2023
- Moegling, Klaus/Funke, Hajo (2024): Wie können Friedensverhandlungen gelingen? In: Frankfurter Rundschau, <https://www.fr.de/politik/wie-koennen-friedensverhandlungen-gelingen-93285926.html>, 6.9.2024
- Schäfer, Paul (2023): Die Johnson-Legende, oder: Wie der Westen den Frieden verhinderte. In: https://europa.blog/de/die-johnson-legende-oder-wie-der-westen-den-frieden-verhinderte/?fbclid=IwAR0QkJiw1A9_0L0CF-quVUYjnvDjDgBCwDm1SEyU-o2s9KKhQnJAUG6_4ZI, 23.2.2023
- Scheidler, Fabian (2024): Nahostkonflikt, Ukraine-Krieg: Militarisierung und Aufrüstung machen den Westen noch unsicherer. In ‚Berliner Zeitung‘: <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/geopolitik/nahostkonflikt-ukraine-krieg-militarisierung-und-aufruestung-machen-den-westen-noch-unsicherer-li.2211702>, 4.5.2024
- Varwick, Johannes (2022): Der Ukraine-Krieg muss eingefroren werden. In: Der Freitag, <https://www.freitag.de/autoren/johannes-varwick/warum-der-ukraine-krieg-eingefroren-werden-muss>, Ausgabe 30/2022